

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
<p><b>I. Anträge, die finanzielle Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2017 haben.</b></p> <p><i>Haushaltsrede der CDU-Fraktion</i></p> <p><i>Haushaltsrede der Freie Wähler Fraktion</i></p> <p>1. Es wird beantragt, den Hebesatz für die Gewerbesteuer auf 380 v.H. festzusetzen.</p> <p>2. Es wird die Einführung einer Kulturförderabgabe in Höhe von 5% des Übernachtungspreises pro Gast und Nacht beantragt.</p>	<p>Die aktuellen Planzahlen für 2017 beruhen auf der Annahme, dass die Gewerbesteuer um 10 Prozentpunkte erhöht wird. Des Weiteren wird auf den mündlichen Sachvortrag verwiesen.</p> <p>Bereits im Rahmen der Beratung des letzten Haushalts wurde dieser Antrag erläutert und klargestellt, dass für Geschäftsreisende diese Kulturförderabgabe nicht angewendet werden kann. Über den Anteil der Übernachtungsgäste liegen dem Finanzverwaltungsamt keine Zahlen vor. Falls gewünscht kann hier Datenmaterial erhoben werden und danach eine Beschlussvorlage für den VKS erstellt werden. Darüber hinaus steht zu diesem Thema noch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus.</p>	<p>20</p> <p>01/20</p>	<p>VKS</p> <p>VKS</p>	<p>Keine Beratung im VKS, im GR am 13.12. mit 15 Gegenstimmen abgelehnt.</p> <p>Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag; es wird eine weitere Prüfung gewünscht</p>

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
3. Es wird beantragt, im Stellenplan 2017 die Anzahl der neuen Stellen auf 13,4 zu begrenzen. Die zusätzlich geplanten 5 neuen Stellen im Bereich der Kinderbetreuung sollen gestrichen werden.	Erläuterung entsprechend der VKS-Vorlage 216/2016: Im Jahr 2015 wurde mit der Einbringung des Stellenplans für den gesamten Bereich der Kindertagesstätten ein Stellenpool von 5,0 Stellen (jetzt in EG S 8a TVöD-SuE) eingerichtet. Diese Maßnahme hat sich nach 2 Jahren Erfahrungszeit zur Personalrekrutierung sowie der Sicherung des bestehenden Personals als sehr positiv erwiesen. Daher hat die Verwaltung eine erneute Erhöhung des Stellenpools im Kita-Bereich um weitere 5,0 Stellen ab 2017 beantragt. Die Stellen wirken sich finanziell nicht aus, es sei denn, dass Mitarbeiter/innen nach der Elternzeit oder Beurlaubung mit einem Teilzeitbeschäftigungsumfang zurückkehren und keine weiteren Stellen zur Verfügung stehen. Aufgrund der hohen Fluktuation erscheint dieses Risiko jedoch gering. Angesichts des weiter hohen Bedarfes an qualifiziertem Fachpersonal und geringer Bewerberzahlen könnten mit den zusätzlichen Stellen auch unbefristete Arbeitsverhältnisse angeboten werden. Die Verwaltung befürwortet die weiteren 5 Pool-Stellen im Bereich der Kinderbetreuung.	10/40	VKS	Verwalt.-vorschlag bei 3 Gegenstimmen angenommen
4. Es wird beantragt, für die Verlängerung der U5 nach Echterdingen jährlich eine Rücklage von 1,0 Mio. Euro zu bilden.	Gemäß dem Leitfadenzur Bilanzierung nach dem NKHR dürfen für Investitionen keine Rückstellungen gebildet werden. Es wird jedoch geprüft, inwieweit die Darstellung einer fiktiven „Reservierung“ von liquiden Mitteln für dieses Vorhaben im Haushaltsplan umgesetzt werden kann.	20/66	VKS/TA	VKS/TA: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
5. Es wird beantragt, zur Kompensation der Rücklagenbildung für die Verlängerung der U5 die Mittel für die Straßensanierung von 1,7 Mio. Euro auf 1,2 Mio. Euro zu reduzieren.	Eine Reduzierung der investiven Haushaltsmittel für die Straßensanierung bedingt eine Verschiebung der notwendigen Straßensanierungsmaßnahmen in die Folgejahre und dadurch eine weitere Erhöhung des bestehenden Sanierungsstaus. Teilweise werden Sanierungsmaßnahmen durch größere/tiefere Schäden erheblich teurer. Ein Wertverlust der Verkehrsinfrastruktur sollte dringend vermieden werden. Ferner wären weitere 500.000 Euro notwendig, um die unter Antrag Nr. 4 aufgeführte fiktive „Reservierung“ vollständig neutral zu gestalten.	66	TA	Verwalt.-vorschlag einstimmig angenommen

	<b>Anmerkungen der Verwaltung</b>	<b>Amt</b>	<b>Beratung VKS/TA/SWA</b>	<b>Erledigt VKS/TA/SWA</b>
6. Es wird beantragt, die Mittel für die Produktgruppe 11 26 „Zentrale Dienstleistungen“ von 855.000 Euro auf 800.000 Euro zu reduzieren.	<p>Mittelansatz 855.000 €  Aufwand Fachämter, insb. für Bürobedarf - 65.000 €  Personalkosten - 392.000 €  398.000 €</p> <p>Die restlichen 398.000 € setzen sich wie folgt zusammen:  -Zentraler Einkauf für Gesamtverwaltung: Papierbedarf, Bürobedarf, Post- und Fernmeldegebühren, Rundfunkbeiträge, Haltung von Dienstfahrzeugen, Möblierungen,  -laufende Wartungsverträge für Hardware  -laufende Unterhaltungskosten für fachspezifische Software  -Ersatzbeschaffungen von Arbeitsplatzhardware  -Netzwerkkosten  -Kostenerstattungen an Baubetriebshof</p> <p>Die Mittel werden realistisch geplant, sparsam bewirtschaftet und können nicht weiter reduziert werden, da sie zur Grundversorgung der Verwaltung gehören und teilweise laufende Verträge bestehen.  Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass bereits im Zuge der Planung für das Jahr 2017, soweit Sachkosten betroffen sind, diese bereits generell um 5% gekürzt wurden. Dies führte bereits zu einer Einsparung von rund 1,2 Mio. Euro.</p>	10	VKS	Verwalt.- vorschlag bei 3 Gegenstim- men im VKS angenommen,

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
7. Es wird beantragt, die Mittel für die Produktgruppe 11 30 „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ von 404.000 Euro auf 350.000 Euro zu reduzieren.	Die hier veranschlagten Mittel gliedern sich in Personalaufwendungen (225.000,-- EUR), Aufwendungen für die Künstlersozialkasse (3.500,-- EUR) und Sach- und Dienstleistungen (175.000,-- EUR). Die Personalaufwendungen und die Aufwendungen für die Künstlersozialabgabe sind überhaupt nicht disponibel, die Sach- und Dienstleistungen nur sehr eingeschränkt, soweit vertraglich nicht gebunden. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Honorare für freiberufliche Journalisten und Fotografie. Ca. 1/3 der Mittel fließen in den Bereich „Internet“. Auch hier gibt es neben den reinen Sachausgaben erhebliche Aufwendungen für externe Dienstleistungen. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang daran, dass die erforderliche Aufstockung der Stelle für den technischen Betrieb des Internets (von 35% auf 75%) seinerzeit nicht beschlossen und die Verwaltung beauftragt wurde, diese Leistungen extern zu vergeben. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass bereits im Zuge der Planung für das Jahr 2017, soweit Sachkosten betroffen sind, diese bereits generell um 5% gekürzt wurden. Dies führte bereits zu einer Einsparung von rund 1,2 Mio. Euro.	01	VKS	Keine Abstimmung; es wird sich darauf verständigt in der AG Öffentlichkeitsarbeit am 30.11. über den Antrag zu beraten. Danach wurde der Antrag auf eine Reduktion um 10.000 Euro abgeändert und im GR bei 5 Gegenstimmen so beschlossen.
8. Es wird beantragt, die Mittel für die Produktgruppe 57 10 „Wirtschaftsförderung“ von 145.000 Euro auf 120.000 Euro zu reduzieren.	Im Ansatz von 145.000 Euro sind schwerpunktmäßig Personalkosten (74.550 Euro) sowie Mittel unmittelbar für Aufgaben und Projekte der Wirtschaftsförderung i (55.500 Euro) enthalten. Letztere wiederum beinhalten ca. 24.000 Euro für den Anteil der Stadt an der „Brötchentaste“ der Tiefgarage Zehntscheuer (1/2 Stunde entgeltfreies Parken) sowie die Ausbildungsmesse (18.000, davon ca. 10.000 Euro Miete Filderhalle), die alle zwei Jahre in LE stattfindet. Weder eine Kürzung bei den Personalausgaben noch eine Kürzung der Mittel für laufende Aufgaben und Projekte macht eine sinnvolle Ausgabenwahrnehmung weiterhin möglich. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass bereits im Zuge der Planung für das Jahr 2017, soweit Sachkosten betroffen sind, diese bereits generell um 5% gekürzt wurden. Dies führte bereits zu einer Einsparung von rund 1,2 Mio. Euro.	02	TA	Verwalt.-vorschlag bei 4 Gegenstimmen angenommen; neuer Antrag von StR Dr. Huber (FW) auf 135.000 Euro zu reduzieren damit abgelehnt

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
9. Es wird beantragt, die Mittel für den Bereich „Stadtmarketing und Tourismus“ auf maximal 800.000 Euro zu begrenzen.	<p>Der angesprochene Mittelansatz unter dem Produkt 5750700000 mit einem veranschlagten Gesamtaufwand von 825.050,-- EUR gliedert sich in</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Personalaufwendungen 131.100,-- EUR</li> <li>- Sach- und Dienstleistungen Stadtmarketing 367.000,-- EUR</li> <li>- Abschreibungen 4.500,-- EUR</li> <li>- Transferaufwendungen für die Filderhalle 326.000,-- EUR und</li> <li>- 850,-- EUR sonstige Aufwendungen</li> </ul> <p>abzüglich Einnahmen von 4.400,-- EUR. Von der Mittelbegrenzung betroffen wäre demnach sowohl der Bereich Stadtmarketing als auch die Filderhalle.</p> <p>Der, soweit nicht vertraglich gebundene, disponible Anteil der Sachausgaben für das Stadtmarketing beläuft sich auf den Teilbetrag von 367.000,-- EUR. Dieser Teilbetrag wird vor der Bewirtschaftung von der gemeinderätlichen Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit jedes Jahr auf die laufenden Stadtmarketingprojekte verteilt.</p> <p>Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass bereits im Zuge der Planung für das Jahr 2017, soweit Sachkosten betroffen sind, diese bereits generell um 5% gekürzt wurden. Dies führte bereits zu einer Einsparung von rund 1,2 Mio. Euro.</p>	01	VKS	Keine Abstimmung; es wird sich darauf verständigt in der AG Öffentlichkeitsarbeit am 30.11. über den Antrag zu beraten. Danach wurde der Antrag auf eine Reduktion um 30.000 Euro abgeändert, und im GR bei 5 Gegenstimmen so beschlossen.
10. Es wird beantragt zu erläutern, woher in der Produktgruppe 11 14 „Zentrale Funktionen im Bereich der inneren Verwaltung“ der Anstieg um 32% auf 147.250 Euro resultiert. Gleichzeitig soll geprüft werden, ob eine Reduzierung auf 110.000 Euro geprüft werden.	<p>Im Ansatz von 147.250 Euro sind hauptsächlich Personalkosten (132.950 Euro) enthalten. Die restlichen 15.000 Euro setzen sich aus 5.000 Euro für die Bürgerstiftung, und 10.000 Euro für das bürgerschaftliche Engagement zusammen. Eine Reduzierung auf 110.000 Euro ist daher nicht möglich.</p> <p>Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass bereits im Zuge der Planung für das Jahr 2017, soweit Sachkosten betroffen sind, diese bereits generell um 5% gekürzt wurden. Dies führte bereits zu einer Einsparung von rund 1,2 Mio. Euro.</p>	10/50	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag; eine weitere Information des GR erfolgt schriftlich

	<b>Anmerkungen der Verwaltung</b>	<b>Amt</b>	<b>Beratung VKS/TA/SWA</b>	<b>Erledigt VKS/TA/SWA</b>
11. Es wird beantragt, die Mittel für die Produktgruppe 21 50 „Schulische und sonstige Einrichtungen“ auf maximal 230.000 Euro zu begrenzen.	Hinter der angesprochenen Produktgruppe verbirgt sich ein hoher Fixkostenanteil für Versicherungen, Steuern und Schadensfälle sowie für die gesetzlich vorgeschriebenen E-Checks an Schulen. Neu aufgenommen wurde ein Ansatz von 40 000 Euro zur Voruntersuchung der Schulen im Hinblick auf die vom Land vorgesehene Medienentwicklung an Schulen. Nach Abschluss dieser Voruntersuchungen wird im VKS berichtet. Diese Grundlagenarbeit müsste bei der genannten Einsparung verschoben werden. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass bereits im Zuge der Planung für das Jahr 2017, soweit Sachkosten betroffen sind, diese bereits generell um 5% gekürzt wurden. Dies führte bereits zu einer Einsparung von rund 1,2 Mio. Euro.	40	VKS	Verwalt.-vorschlag bei 2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung angenommen
12. Es wird beantragt, die Mittel für die Produktgruppe 27 20 „Bibliotheken“ auf maximal 630.000 Euro zu begrenzen.	Die Produktgruppe 2720 Bibliotheken umfasst die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Büchereien. Enthalten sind hierin Vereinsförderungen in Höhe von 27.150 € für den Betrieb der ehrenamtliche Bibliotheken. Die hauptamtliche Bücherei ist und bleibt unter der beantragten Mittelobergrenze von 630.000 € beim anteiligen ordentlichen Ergebnis (HPL S. 184, Zeile 19). Kostenerhöhungen ergeben sich v.a. aus Änderungen bei den Personal- und Sachkosten. Entsprechend des Gemeinderatsbeschlusses vom 22.6.2016 dienen die Einnahmen aus der Gebührenerhöhung der Stadtbücherei zum 1.8.2016 zweckgebunden dem Medienetat. Die Gebühren wurden um 8.300 € erhöht, ebenso der Medienetat. Dieser liegt damit bei 90.000 € (die Hochschule der Medien schlägt für Büchereien unserer Größenordnung einen Medienetat von über 100.000 € vor).	41	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	<b>Anmerkungen der Verwaltung</b>	<b>Amt</b>	<b>Beratung VKS/TA/SWA</b>	<b>Erledigt VKS/TA/SWA</b>
13. Es wird beantragt, die Baumaßnahmen aus dem Mobilitätskonzept auf maximal 200.000 Euro jährlich zu begrenzen.	<p>Im Hinblick auf die erforderliche Baulandentwicklung ist es unabdingbar, mit Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität im Umweltverbundgleich-zuziehen.</p> <p>Die Baumaßnahmen zur Verbesserung der Mobilität umfassen sämtliche Ergänzungen des Radwegenetzes, weitere Querungshilfen für Fußgänger und Beleuchtung derer, Qualitätsverbesserungen des ÖPNVs wie Sanierung von Buswartehäuschen und Verbesserungsmaßnahmen der Intermodalität. Konkret ist in 2017 der Bau des Radweges Meisenweg / Fasanenweg als wichtige Ergänzung der Nord-Süd-Achse vorgesehen, der Radweg entlang der Max-Lang-Straße und eine wichtige Querungshilfe. Parallel dazu wird die Planung der Mobilitätspunkte Echterdingen-Nord (Stadionstraße) und Stetten erfolgen, die in 2018 und 2019 gebaut werden sollen. Das Konzept der Mobilitätspunkte wird in der 1. Jahreshälfte 2017 vorgestellt.</p>	66	TA	Verwalt.-vorschlag bei 4 Gegenstimmen angenommen
14. Es wird beantragt zu erläutern, woher in der Produktgruppe 55 10 „Öffentliches Grün“ der gestiegene Mittelbedarf resultiert. Gleichzeitig sollen die Mittel auf 700.000 Euro begrenzt werden.	<p>Die Anmeldungen sind gleichbleibend bei ca. 423.000 Euro. Der gestiegene Mittelbedarf ergibt sich aus Abschreibungen (ab 2017 Abschreibungen in Höhe von 157.200 Euro, aus 2016 nur 4.500 Euro) und Personalaufwendungen (Erhöhung um ca. 35.000 Euro auf insgesamt 149.700 Euro). Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass bereits im Zuge der Planung für das Jahr 2017, soweit Sachkosten betroffen sind, diese bereits generell um 5% gekürzt wurden. Dies führte bereits zu einer Einsparung von rund 1,2 Mio. Euro.</p>	66	TA	Verwalt.-vorschlag bei 4 Gegenstimmen angenommen
15. Es wird beantragt, die Mittel für die Produktgruppe 55 40 „Naturschutz und Landschaftspflege“ auf maximal 500.000 Euro zu begrenzen.	<p>Seit der Umstellung auf NKHR sind neben den laufenden Pflege- und Unterhaltungsarbeiten auch Baumaßnahmen für Ausgleichsmaßnahmen im Natur- und Landschaftsschutz konsumtiv zu buchen (früher investiv). Zum Beispiel: Projekt Renaturierung Erlenbrunnen 2: Planungskosten 2017 = 90.000 Euro / Bauausführung 2018 = 420.000 Euro. Der Betrag für die Pflege und den Unterhalt liegt konstant bei ca. 500.000 Euro / Jahr.</p> <p>Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass bereits im Zuge der Planung für das Jahr 2017, soweit Sachkosten betroffen sind, diese bereits generell um 5% gekürzt wurden. Dies führte bereits zu einer Einsparung von rund 1,2 Mio. Euro.</p>	66	TA	Verwalt.-vorschlag bei 4 Gegenstimmen angenommen

	<b>Anmerkungen der Verwaltung</b>	<b>Amt</b>	<b>Beratung VKS/TA/SWA</b>	<b>Erledigt VKS/TA/SWA</b>
16. Es wird beantragt, die Ausgaben im Teilhaushalt 5 für die Produktgruppe 31 40 „ Ausgaben für Flüchtlinge, Ausgaben für soziale Einrichtungen näher zu erläutern. Es soll hierbei auf den tatsächlichen Bedarf geachtet werden. Für die eingeplanten 268.000 Euro soll eine Kompensationsmöglichkeit an anderer Stelle gefunden werden.	<p>Im Teilhaushalt 5 für die Produktgruppe 31.40 sind folgende Ausgaben und Einnahmen aufgelistet:  Integrationsmaßnahmen für Ausländer  Nutzungsentschädigung Anschlussunterbringung  Interne Verrechnung der Gebäudekosten  Mieten und Pachten für die angemieteten Wohnungen von LE mietet  Erwerb von geringwertigen Gegenständen (Möblierung der Gebäude für die Anschlussunterbringung sowie Zuschüsse für die Personalkosten).</p> <p>Die größte Position betrifft die interne Verrechnung der Gebäudekosten zzgl. der Mieten und Pachten für LE mietet mit geplanten 1,16 Mio. Euro für ca. 525 Plätze in der Anschlussunterbringung. Dem gegenüber stehen bei den Einnahmen insbesondere die der Nutzungsentschädigung für die Anschlussunterbringung mit 912.000 Euro. Beide Zahlen sind hochgerechnet, da in dieser Größenordnung bisher keine Erfahrungswerte vorliegen und das jetzt neu eingerichtete Vermieter-/Mietermodell, erst zum 1.9.2016 in Kraft getreten ist. Inwieweit sich Annahmen verändern werden (mehr oder weniger Plätze, die benötigt werden), damit verbunden höhere oder niedrigere Ausgaben/Einnahmen der Nutzungsentschädigung, oder die Annahme, dass nur 70% der Kosten der Nutzungsentschädigung tatsächlich eingetrieben werden können, muss sich im Jahr 2017 erst zeigen und kann dann Grundlage sein, für eine verlässlichere Berechnung ab 2018.</p> <p>Insgesamt muss festgehalten werden, dass die gesamte Produktgruppe derzeit eine Unterdeckung von rund 603.000 Euro ausweist. Hierin enthalten sind auch die über die Inneren Verrechnungen der Produktgruppe zugewiesenen Gebäudekosten.</p> <p>Eine Kompensation in der Produktgruppe 31.40, in der ansonsten nur noch der Bereich Einrichtungen für Ältere/Senioren enthalten ist, innerhalb der dortigen Sachkosten sehen wir nicht, da diese abzüglich der Einnahmen bei geplanten 25.600 Euro gesamt liegen.</p>	20/50/65	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	<b>Anmerkungen der Verwaltung</b>	<b>Amt</b>	<b>Beratung VKS/TA/SWA</b>	<b>Erledigt VKS/TA/SWA</b>
17. Es wird beantragt, den Gesamtbetrag für Kreditaufnahmen im Wirtschaftsplan der Stadtwerke auf 6,5 Mio. Euro zu begrenzen. Zusätzlich soll der Neubau des Verwaltungsgebäudes auf Einsparpotentiale überprüft werden.	Die Kreditaufnahme der Stadtwerke resultiert aus dem Finanzmittelbedarf. Eine Reduzierung der Kreditaufnahme kann daher nur bei Reduzierung z.B. der Investitionen erfolgen. Daher ist es nicht möglich, die Kreditaufnahme ohne Einschränkung der Leistungen der Stadtwerke mit entsprechenden Auswirkungen auf die Bürger zu reduzieren. Seit Mai haben sich Vertreter der Stadtwerke, des Hochbauamtes, der Architekten und aller Fachplaner alle zwei Wochen jeweils bis zu 4 Stunden zusammengesetzt, um das Projekt bis ins Detail zu planen und zu optimieren. Dabei wurden mehr als 1 Millionen Euro eingespart. Im weiteren Planungsprozess werden weitere Möglichkeiten der Einsparung gesucht. Aus derzeitiger Sicht werden diese Möglichkeiten aber, ohne vom Entwurf abzurücken oder die sinnvollen Qualitätsstandards zu senken, als gering eingeschätzt.	81	SWA	Verwalt.- vorschlag ein- stimmig an- genommen
<b>Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>				
18. Es wird beantragt, in den Haushaltsplan 2017 eine Planungsrate für die Weiterführung der U5 nach Echterdingen aufzunehmen. Ebenso soll die weitere Finanzierung in die Finanzplanung der nächsten Jahre aufgenommen werden.	Hierzu haben bereits im Sommer 2016 mit der SSB erste Gespräche stattgefunden. Die SSB hat hierbei um eine Aufschiebung der Datenanalyse in das Jahr 2017 gebeten, da aufgrund der derzeit anstehenden Projekte U6 bis Messe/Flughafen, U5 bis Markomannenstraße sowie Verlängerung der S-Bahn bis Neuhausen keine Kapazitäten zur Verfügung stehen. Die Verwaltung wird in den Gremien berichten sobald die Ergebnisse der SSB ausgewertet sind.	66	TA	Verwalt.- vorschlag ein- stimmig an- genommen
19. Es wird beantragt, zum baldmöglichsten Zeitpunkt den Anteil des Stromes aus regenerativen Energiequellen für die städtischen Abnahmestellen in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen von 50% auf 100% zu erhöhen.	Auf Grund der Beschlusslage (Vorlage Nr. 036/2010) wird jährlich für einen Betrag von 10.000 € Ökostrom für die städtischen Abnahmestellen beschafft. Bei einer Stromabnahme von rund 5.4 Mio. kWh (Jahr 2015) (einschl. Straßenbeleuchtung) kann für diesen Betrag ca. 70 % Ökostrom für das Jahr 2017 beschafft werden. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Zuschlag für Ökostrom von netto 0,25 Ct /kWh auf 0,2 Ct/kWh gesunken. Die Verwaltung befürwortet den Antrag und wird den Strombezug für die öffentlichen Gebäude und Einrichtungen inkl. der Straßenbeleuchtung ab Mitte 2017 zu 100 % auf Ökostrom umstellen. Die Mehrkosten hierfür betragen dabei rund 4.000 Euro pro Jahr.	65/81	TA/SWA	Verwalt.- vorschlag bei TA: 4 Gegen- stimmen, 2 Enthaltungen / SWA: 2 Ge- genstimmen angenommen

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
20. Es wird beantragt, die Daimlerstraße in Leinfeldern über eine Henkellösung an eine ihrer Parallelstraßen (Ernst-Mey-Straße oder Benzstraße) anzuschließen.	Die Verwaltung hat bereits für das HH-Jahr 2017 eine Planungsrate für die Osttangente eingestellt (Vorplanung). Im Rahmen dieser Untersuchung werden auch die Vor- und Nachteile einer Henkellösung betrachtet werden.	66	TA	Verwalt.-vorschlag einstimmig angenommen
<b>Haushaltsrede der SPD-Fraktion</b>				
21. Es wird beantragt zu überprüfen, ob die Ansätze für die Einnahmen aus dem Verkauf von unbebauten Grundstücken für das Jahr 2017 realistisch sind, da hier teilweise noch keine Grundsatzbeschlüsse (z.B. Ungerhaldenweg) vorliegen.	Die in 2016 geplanten Ansätze aus den Grundstücksverkäufen der Grundstücke in der Haldenstraße und in der Hohenstauferstraße werden nochmals im Jahr 2017 geplant. Der Verkauf des Grundstücks im Ungerhaldenweg wird realistischerweise frühestens in 2018 erwartet. Die Ansätze werden entsprechend in der Änderungsliste korrigiert.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
22. Die Ansätze für die Ausgaben im Grundstücksmanagement sind mit den Zielvorstellungen nicht vereinbar. Es wird die Bereitstellung eines höheren Betrages beantragt. Nicht verbrauchte Mittel müssen auf die folgenden Jahre übertragen werden.	Haushaltsmittel für die Baugebiete der Baulandentwicklung werden im Zeitpunkt des Entstehens als überplanmäßige Mittel beantragt (wenn die Zustimmung aller Eigentümer eines Gebiets vorliegen). Die für 2017 angemeldeten Mittel sind für den allgemeinen Grunderwerb.	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
23. Es wird die beantragt, zur Erweiterung des Sternkinderhauses in Echterdingen eine erste Planungsrate in den Haushalt einzustellen	Nach erfolgtem Beschluss der VKS-Vorlage Investitionsbedarfe in der Kinderbetreuung Nr. 215/2016 im VKS am 18.10.2016 und im GR am 25.10.2016 wird das Hochbauamt über die Änderungsliste eine Aufteilung wie folgt in den Haushalt einstellen: 2017 – 500.000 € 2018 – 1,8 Mio. € 2019 – 300.000 €	40/65	VKS/TA	VKS/TA: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
24. Es wird beantragt, die Sanierung der Stadionstraße mittelfristig in den Haushaltsplan mit aufzunehmen. Kurzfristig soll ein Fußgängerüberweg angebracht werden.	In Tempo 30-Zonen sind Fußgängerüberwege (FGÜ) in der Regel entbehrlich. Nur wenn die Anzahl der pro Stunde querenden Fußgänger und die Anzahl der pro Stunde passierenden Fahrzeuge ausreichend hoch ist, kann ein FGÜ dennoch eingerichtet werden. Die Einrichtung eines FGÜ wurde bereits geprüft und von der Landespolizei aufgrund zu niedriger „Zahlen“ Fußgänger/Fahrzeuge pro Stunde abgelehnt. Gerne prüfen wir hier erneut, ob sich die Situation geändert hat. Die Kosten für eine Sanierung der Stadionstraße werden auf ca. 350.000 Euro geschätzt (250 lfd. M.: Klinkerstraße bis Haus-Nr. 52)	32/66	VKS/TA	VKS/TA: Verwalt.-vorschlag einstimmig angenommen; eine weitere Prüfung wird gewünscht

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
<p>25. Es wird beantragt, die Gesamtsumme für den Neubau der Turn- und Festhalle in Musberg an das aktuelle Planungsergebnis anzupassen. Gleichzeitig soll ein Finanzierungsvorschlag erarbeitet werden.</p> <p><b>Haushaltsrede der Fraktion LE Bürger/FDP</b></p>	<p>Die Gesamtsumme wird über die beiliegende Änderungsliste zum Planentwurf 2017 an die aktuell vorliegende Planung angepasst. Mit der Variante II wurde eine Reduzierung bereits untersucht (Vorlage 206/2016). Die Finanzierung des Mehraufwandes erfolgt aus der vorhandenen Liquidität und muss entsprechend priorisiert werden.</p>	20/65	VKS/TA	VKS/TA: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
<p>26. Es wird beantragt, für weitere Untersuchungen zum sogenannten Brummtön den Betrag von 5.000 Euro in den Haushaltsplan 2017 aufzunehmen.</p> <p><b>II. Anträge, die finanziell keine Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2017 haben.</b></p> <p><b>Haushaltsrede der CDU-Fraktion</b></p>	<p>Die Auswertung der durchgeführten Messungen ist noch nicht abgeschlossen. Bis zur Sitzung finden weitere Gespräche statt, über die aktuell berichtet wird.</p>	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag zunächst kein Geld in den HH 2017 aufzunehmen
<p>27. Es wird beantragt, die Neuausweisung von Gewerbeflächen in den Rötlesäckern zu priorisieren.</p>	<p>Die Verwaltung hat mehrfach die dringende Notwendigkeit der Ausweisung von Gewerbeflächen betont. Vor diesem Hintergrund soll bis Sommer 2017 ein städtebauliches Konzept erstellt werden. Danach erfolgt die Ermittlung des Bodenpreises und der Ankauf. Im Sommer 2018 soll die Bauleitplanung eingeleitet werden. Es sind HH-Mittel unter PSK 51 10 70 00 00 10000 4431061(Sächliche Bauleitplanung) eingestellt. Die Verwaltung weist darauf hin, dass es bereits ein konkretes Ansiedlungsinteresse gibt.</p>	61	TA	Geänderter Verwalt.-vorschlag einstimmig angenommen: Anschließend soll die Bauleitplanung eingeleitet werden

	<b>Anmerkungen der Verwaltung</b>	<b>Amt</b>	<b>Beratung VKS/TA/SWA</b>	<b>Erledigt VKS/TA/SWA</b>
28. Es wird beantragt, die Behandlung und Realisierung der Osttangente zur Verkehrsentslastung und für einen besseren Verkehrsfluss im Industriegebiet Leinfelden zu priorisieren.	Siehe Antrag Nr. 20.	66	TA	Verwalt.-vorschlag einstimmig angenommen
29. Es wird beantragt, die verkehrliche Erschließung des Echterdinger Nordens zur Verkehrsentslastung und für einen besseren Verkehrsfluss zu priorisieren.	In 2017 ist der Ausbau der Dieselstraße im HH-Plan enthalten. Sofern die anstehenden Abstimmungsgespräche mit dem Regierungspräsidium Stuttgart abgeschlossen sind, wird der Ausbau des Anschlussknotens Dieselstraße - -Hauptstraße in den Jahren 2018/19 ausgeführt. Ein BB-Planverfahren ist davor erforderlich. Die Grunderwerbsverhandlungen zur Verbreiterung der Dieselstraße werden derzeit geführt.	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag; siehe auch Antrag Nr. 55
30. Es wird ein Bericht darüber beantragt, wie die Verwaltung die zukünftige Inanspruchnahme der Betreuung der Schulkinder erwartet, und welche Maßnahmen konkret geplant sind, um hohe Investitionskosten zu vermeiden.	Aufgrund der ungebrochenen Nachfrage nach Schulkindbetreuungsplätzen wurde für das Schuljahr 2015/2016 bereits ein neues Anmeldeverfahren nach prozentualem Beschäftigungsumfang der Eltern eingeführt. Die Tendenz ist weiterhin steigend. Aufgrund der immer größer werdenden Raumnot, sowohl in den Außen- als auch in den Innenbereichen, wird eng mit den Schulen, dem Grünflächen- und Hochbauamt zusammen gearbeitet. Von Seiten der Verwaltung wird ein Bericht hierzu zugesagt.	40	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
31. Es wird ein Bericht über die Kostenentwicklung beim Stadtpass allgemein, sowie über die Kinderbetreuungszahlen unter Berücksichtigung der nicht erstattungsfähigen Kosten beantragt.	Im Rahmen des nächsten jährlichen Berichts zum Stadtpass sollen auch die finanziellen Auswirkungen, die auf die einzelnen Fördertatbestände, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung entfallen, dargestellt werden. Berichte zu den aktuellen Zahlen und finanziellen Auswirkungen im Bereich der Kinderbetreuung allgemein erfolgen regelmäßig und werden weiterhin zugesagt. Darüber hinaus soll die Ausgaben- und Einnahmesituation im Bereich der Kinderbetreuung in einer Sitzung der Strategiekommision aufgearbeitet werden.	32/40	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
32. Es wird beantragt, die Rahmenbedingungen für die bei den Tageseltern betreuten Kindern so anzupassen, dass sie keine Nachteile bei der Platzzuteilung (Kleinkindplätze und Kindergartenplätze) bei einem möglichen Wechsel in eine städtische Einrichtung zur Kinderbetreuung haben.	Die Verwaltung garantiert die Durchgängigkeit zwischen beiden Betreuungsformen. Eltern müssen sich bei der Anmeldung im Sinne einer Planbarkeit für eine bestimmte Zeitdauer von in der Regel einem Jahr bezogen auf die Betreuung festlegen. Diese Bindung trifft sowohl für die Kinder in der Tagespflege wie auch die in städtischen Einrichtungen betreuten Kinder zu.	40	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
33. Es wird beantragt, das Modell „Tiger“ (Tagespflege in anderen Räumen) dahingehend zu prüfen, ob diese Form von Kinderbetreuung auch in LE realisierbar wäre.	Die Stadtverwaltung kann sich vorstellen, das Modell „Tiger“ entsprechend ideell und finanziell zu unterstützen, wenngleich der Verwaltung aktuell keine dauerhaft leer stehenden und für diesen Zweck geeigneten Räume bekannt sind. Das vom Tagesmütterverein Reutlingen entwickelte Modell soll jedoch mit dem Tageselternverein Esslingen in den Regelgesprächen angesprochen werden. Insbesondere ist es dem Tageselternverein Reutlingen gelungen das Modell in Räumlichkeiten zu starten, die von örtlichen Unternehmen zur Verfügung gestellt oder finanziert werden, um für ihren Beschäftigten Kinderbetreuungsmöglichkeiten anbieten zu können.	40	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
34. Es wird beantragt, die Durchmischung in den Anschlussunterkünften in die Planungen mit einzubeziehen. Die Wohnungen sollen gleichermaßen für alle sozialschwachen Bürger angeboten werden.	Einer künftigen Durchmischung wird bei der Bauplanung Rechnung getragen und bei der Belegung geprüft. Allerdings müssen die Fördergrundsätze (Baukostenzuschüsse zur Zeit nur für Anschlussunterbringung) berücksichtigt werden. Hinzu kommt, dass die Stadt Leinfelden-Echterdingen bisher ihre Quote nicht erfüllt hat, unter aller Voraussicht nach auch in 2017 nicht erfüllen kann, so dass die Plätze aus heutiger Sicht für die Anschlussunterbringung notwendig werden. Sofern hier eine Entspannung eintritt, kann über dieses Thema sicherlich intensiver nachgedacht werden. Zu bedenken geben möchten wir aber, dass es sich bei den Plätzen in der Anschlussunterbringung um Wohnverhältnisse handelt, bei denen eine einzelne Person einen qm-Bedarf von 10 qm hat und wir daher sehr auf die Verträglichkeit der Belegung achten müssen. Familien und alleinstehende Männer passen hier sicherlich nicht immer zusammen.	32/50/61/65	VKS/TA	VKS/TA: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
35. Es wird beantragt, die Höhe der Integrationspauschalen sowie die Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus beim Land Baden-Württemberg für Leinfelden-Echterdingen zu erfragen und für die Öffentlichkeit darzustellen.	Die Verwaltung berichtet über die aktuellen Entwicklungen.	20/50/65	VKS/TA	VKS/TA: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag, weitere Info in GR, 29.11.

	<b>Anmerkungen der Verwaltung</b>	<b>Amt</b>	<b>Beratung VKS/TA/SWA</b>	<b>Erledigt VKS/TA/SWA</b>
36. Es wird beantragt, ein integriertes Gesamtkonzept für den neuen Wirtschaftszweig Geschäftstourismus zu erstellen.	Ein derartiges Konzept ist aus eigenen Kräften personell nicht leistbar und müsste extern vergeben werden.	01/02	VKS	Keine Abstimmung, Antrag wird in der AG Öffentlichkeitsarbeit beraten
37. Es wird beantragt, die Auswirkungen und Potentiale durch den ICE Halt perspektivisch darzustellen und im Stadtentwicklungskonzept zu berücksichtigen.	Der Verband Region Stuttgart erarbeitet derzeit in Zusammenarbeit mit dem KAF eine „Teilraumuntersuchung Filder“. Schwerpunkt wird hierbei auch die Auswirkung des ICE-Halts auf die Kommunen und den gesamten Filderraum sein. Erst wenn diese Ergebnisse vorliegen, kann sinnvollerweise eine spezifisch auf die Entwicklungsplanung der Stadt abgestimmte Untersuchung gemacht werden.	01/02/61	VKS/TA	VKS/TA: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag; die Informationen aus dem KAF sollen auch im GR vorgestellt werden
38. Es wird beantragt, Gespräche mit Vertretern des Flughafens, der Messe und der DB über eine mögliche Kostenbeteiligung an der Infrastruktureinrichtung „S-Bahnparkhaus in Echterdingen“ zu führen.	Ein Gespräch mit dem Flughafen ist bereits terminiert.	81	SWA	Keine Abstimmung, einverstanden mit ergänztem Verwalt.-vorschlag auch Gespräche mit der Messe und der Deutschen Bahn

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
<b>Haushaltsrede der Freie Wähler Fraktion</b>				
39. Es wird beantragt, für den Bereich der Gebäudeunterhaltung eine Prioritätenliste zu erstellen. Diese soll in der Strategiekommission vorgestellt werden.	Eine Maßnahmenliste im Gebäudeunterhalt liegt vor und kann der Strategiekommission vorgelegt werden.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit geändertem Verwalt.-vorschlag, dass im TA statt in SK
40. Es wird beantragt zu überprüfen, ob durch Fremdvergaben die Kosten der jährlichen Gebäudereinigung von derzeit 1,0 Mio. Euro reduziert werden können.	Bei dem Haushaltsansatz handelt es sich um den Bereich der Kosten der Gebäudereinigung durch Fremdfirmen. Ein Bericht über den Bereich Reinigung der öffentlichen Gebäude wird im Frühjahr 2017 im TA eingebracht.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
41. Es wird um Auskunft gebeten, woher im Teilhaushalt 11 22 der Anstieg von 716.000 Euro auf 807.000 Euro beim Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit resultiert.	Durch stetig steigende laufende Kosten für die Bereitstellung der EDV-Programme musste der Ansatz von bisher 109.000 Euro auf 150.000 Euro erhöht werden. Ferner wurde der Ansatz für Erstattungszinsen aus Gewerbesteuerrückzahlungen aufgrund der Rechnungsergebnisse der Vorjahre von bislang 350.000 Euro auf 400.000 Euro erhöht. Diesen stehen u. U. Nachzahlungszinsen der Steuerpflichtigen gegenüber.	20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
42. Es wird beantragt, Ziele und Kennzahlen für die im Controllingbericht definierten Schlüsselprodukte festzulegen. Ein Bericht darüber soll in der Strategiekommission erfolgen.	Die Entwicklung von Zielen und Kennzahlen für die Schlüsselprodukte 21.10.01.04 Zeppelinschule 36.20 Allgemeine Förderung junger Menschen 54.10 Gemeindestraßen 51.11.09 Baulandentwicklung ist im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines kompletten Zielsystems zu sehen, das bisher nicht prioritär erstellt wurde. Das weitere Vorgehen und die Zielsetzungen sollten in der Strategiekommission erarbeitet werden.	10/20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit geändertem Verwalt.-vorschlag weiteres Vorgehen in der Lenkungsgruppe NKHR zu beraten

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
<b>Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>				
43. Es wird beantragt, ab dem Jahr 2018 einen Doppelhaushalt einzuführen.	Die Thematik wird für eine der nächsten Strategiekommissionen vorbereitet.	20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
44. Es wird einen Bericht über die Bemühungen, EU-, Bundes- und Landeszuschüsse für das Glasfasernetz zu bekommen, beantragt.	Ein Bericht wird im SWA zu Beginn des Jahres 2017 zugesagt.	20/81	VKS/SWA	VKS/SWA: Verwalt.-vorschlag einstimmig angenommen
45. Es wird ein Bericht der Leitung der Vertriebs GmbH über die Strategie zur Weiterentwicklung der Kundenzahlen im Strom-, Gas- und Glasfaserbereich beantragt.	Bericht erfolgt im SWA im ersten Halbjahr.	81	SWA	Verwalt.-vorschlag einstimmig angenommen
46. Es wird beantragt, den Parkraum in Leinfeldern-Echterdingen und seine Kosten zum Zwecke der Bewirtschaftung zu erheben.	Als Teilprojekt der Mobilitätsstrategie ist eine Untersuchung zur gesamten Parkierungsthematik geplant. Der Start ist für Januar 2017 vorgesehen. Innerhalb dieser Untersuchung werden die Daten erhoben.	32/66/81	VKS/SWA	VKS: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag  SWA: Verwalt.-vorschlag einstimmig angenommen; das Thema soll auch im TA behandelt werden

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
47. Es wird beantragt, Gespräche mit der Flughafen Stuttgart GmbH aufzunehmen, um die Parkierungsprobleme gemeinsam zu lösen.	Siehe Antrag Nr. 38.	32/66/81	VKS/SWA	VKS/SWA: Keine Abstimmung, siehe Antrag Nr. 38
48. Es wird ein Sachstandsbericht zur im letzten Jahr zugesagten Überprüfung der Überführung des Stadtmarketings in eine privatisierte Gesellschaftsform beantragt.	Die Ausgliederung des Stadtmarketings in eine privatisierte Gesellschaftsform kann geprüft werden, sofern eine Mehrheit des Gemeinderates einen entsprechenden Prüfauftrag erteilt. Es ist deshalb zunächst über den Prüfauftrag abzustimmen.	01/20	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.- vorschlag
<b>Haushaltsrede der SPD-Fraktion</b>				
49. Es wird um Auskunft gebeten, ob es sich bei den eingestellten 200.000 Euro für die Sanierung des Rathauses Echterdingen um eine Planungsrate oder um erste Baumaßnahmen handelt. Was soll saniert und / oder energetisch verbessert werden? Diese Planung ist dem TA vorzulegen. Dabei soll eine Überprüfung der Fördermöglichkeiten durch das Sanierungsgebiet, bzw. über die Energieeinsparung geprüft werden.	Der Förderbescheid für die Aufnahme in die Städtebauförderung wird Anfang 2017 erwartet. Die Rathaussanierung kann dann als geförderte Maßnahme mit 60%iger Förderung erfolgen. Die Planungen werden dem TA vorgelegt. Die eingestellten 200.000 € sind als Planungsrate für die Ausführung eines Planer-Auswahlverfahrens nach VgV (Vergabeverordnung) und einer 1. Planungsrate vorgesehen. Notwendige Maßnahmen ergeben sich aus den Untersuchungen, der Planung und aus den Vorgaben des Förderprogramms.	61/65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.- vorschlag
50. Aktuell sind in den Bestandsgebäuden im Wäldle 33, 35, 37 Investitionen zur Substanzerhaltung dringend erforderlich. Es wird beantragt, zeitnah über das Thema Wohnbaugesellschaft zu diskutieren. Dabei soll geprüft werden, welche Belegungsrechte die Stadt bei einer solchen Konstellation hat.	Die Beratung über das Thema Wohnbaugesellschaft ist für das 1. Quartal 2017 vorgesehen. Bei der Gründung einer Wohnbaugesellschaft müssten die Belegungsrechte durch die Stadt Leinfelden-Echterdingen vertraglich gesichert werden.	50/65	VKS/TA	VKS/TA: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.- vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
51. Es wird um Auskunft gebeten, was sich hinter den Investitionen für Amt 10 in den Jahren 2017 bis 2020 verbirgt.	<p>Investitionen des Haupt- und Personalamtes (Amt 10) für 2017:</p> <p>11.20: -Investitionen im EDV-Bereich für Datensicherheit und -schutz, die im Rahmen des IT-Sicherheitsmanagements notwendig sind -Ausbau der Netzinfrastruktur</p> <p>11.24: -Investitionen für weitere Module des Gebäudemanagements (FM Tools)</p> <p>11.26: -Investitionen in Zentrale Dienstleistungen insb. Sitzungsdienst und Planungsrate für ein neues Dokumentenmanagementsystem -Ersatzbeschaffungen eines Hallenverwaltungsprogramms und weiteres Modul für das Kindergartenverwaltungsprogramm (webbasierte Anmeldung) -Ersatzbeschaffung Büromöbel, insb. höhenverstellbare Schreibtische Defibrillatoren, Pedelecs, Wegweisung in Verwaltungsstellen, Ersatzbeschaffung eines Dienstfahrzeugs :e-Mobil</p> <p>25.21: Langzeitarchivierung von digitalen Daten (Pflicht)</p> <p>57.10: Modul KWIS. Web: Unternehmensdaten online</p> <p>Die geplanten Kosten für die Folgejahre bauen auf diesen Investitionen auf bzw. führen diese fort, z.B. Einführung und Installation eines neuen Dokumentenmanagementsystems</p>	10	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
52. Es wird um Auskunft gebeten, welche Maßnahmen bei der Erneuerung der Heizanlage in der Lindachschule geplant sind.	<p>Geplant ist der Ersatz der knapp 30 Jahre alten Heizkesselanlage, welche die Lindachschule, die Sporthalle Stetten und die Kita Stetten versorgt. Auch beim Austausch einer Heizkesselanlage muss das geltende Erneuerbare-Wärme-Gesetz Ba-Wü. angewandt werden. Hierbei müssen mindestens 15 % erneuerbare Energie nachgewiesen werden. Dies wird hier voraussichtlich durch den Einbau eines Blockheizkraftwerkes erreicht.</p> <p>Im Rahmen einer erneuten Abstimmung zwischen Amt 20 und Amt 65 wurde vereinbart, die Arbeiten konsumtiv auszuführen. Der Ansatz wird daher im Rahmen der Änderungsliste gestrichen.</p>	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
53. Es wird ein Bericht zur Entwicklung der Inklusion an der Ludwig-Uhland-Schule inklusive der aktuellen Schülerzahlen beantragt.	Derzeit sind in der LUS keine Schülerinnen oder Schüler mit entsprechenden Behinderungen. Insofern sind aktuell auch keine baulichen Maßnahmen diesbezüglich erforderlich. Ein Bericht bzw. Information zum Thema Inklusion an Schulen sowie aktuelle Schülerzahlen wird zugesagt.	40	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
54. Es wird die beantragt, für die Maßnahmen innerhalb des Mobilitätskonzeptes eine Prioritätenliste zu erstellen. Die einzelnen Maßnahmen sind im TA zu beschließen.	Neben dem integrierten Verkehrsentwicklungsplan werden auch Maßnahmen als Teil des Mobilitätskonzeptes vorgeschlagen. Diese werden in einer priorisierten Abfolge empfohlen, im Mobilitätsbeirat ausführlich beraten und den GR-Gremien vorgelegt.	66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
55. Es wird um Auskunft über den Stand der Planungen zur Verbreiterung der Dieselstraße und des evtl. notwendigen Grunderwerbes gebeten.	Siehe Antrag Nr. 29. Bei den Grunderwerbsverhandlungen besteht weitestgehend Einigung. Ein Vertragsabschluss soll baldmöglichst erfolgen. Im südlichen Bereich der Dieselstraße erfolgt die Regelung über eine Dienstbarkeit.	65/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
56. Es wird um Auskunft gebeten, warum für die Sanierung des Hallenbades in Leinfeldern keine Beträge in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesen sind.	Im Haushaltsentwurf ist für die Jahre 2020 ff ein Planansatz von 20,6 Mio. Euro für das Hallenbad enthalten. Aktuell gilt der auf der Gemeinderatsklausur 2014 getroffene Grundkonsens, das Bad so lange wie möglich zu betreiben. Es sollte auch aus Sicht der Verwaltung definiert werden, zu welchen Rahmenbedingungen dies geschehen soll. Es häufen sich sehr deutlich und auffällig Notmaßnahmen verbunden mit einem hohen laufenden finanziellen Aufwand. Die Verwaltung wird eine Positionierung zur Zukunft des Hallenbades erarbeiten und sodann dazu berichten.	20/40/65	VKS/TA	VKS/TA: Keine Abstimmung, die Verwaltung wird mit dem Thema Hallenbad Anfang 2017 ins Gremium kommen
<b>Haushaltsrede der Fraktion LE Bürger/FDP</b>				
57. Es wird beantragt, die Realisierung der Osttangente Gewerbegebiet Leinfeldern zeitlich so weit wie möglich in die Gegenwart zu ziehen und ein Datum zu benennen.	Siehe Antrag Nr. 20 und 28. Ein Bebauungsplan ist erforderlich und die Verfahrensdauer ist einzuplanen.	61/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	<b>Anmerkungen der Verwaltung</b>	<b>Amt</b>	<b>Beratung VKS/TA/SWA</b>	<b>Erledigt VKS/TA/SWA</b>
58. Es wird beantragt, in Absprache mit den Unternehmen moderne, leistungsfähige Datenverbindungen in den Gewerbegebieten zu schaffen. Ein Raum- und Zeitplan ist zu erarbeiten.	Die Hauptgewerbegebiete sind durch die Stadtwerke mit Glasfaser erschlossen. Eine Abfrage bei den Gewerbetreibenden im Bereich Zaunacker und Sielminger Straße ergab keinen Bedarf, der wirtschaftlich zu decken ist. Weitere Punkte wurden mit Antrag 44 beantwortet.	81	SWA	Verwalt.-vorschlag einstimmig angenommen
59. Es wird beantragt, einen Zeitplan für die Entwicklung neuer Gewerbegebiete zu erstellen und vorzulegen.	Es ist vorgesehen, das Gewerbegebiet Rötlesäcker als nächstes Gebiet zu entwickeln. Im Zusammenhang damit soll auch ein Konzept für das Vorgehen bei den weiteren Gebieten entwickelt werden. Dies steht auch im Zusammenhang mit der Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer. Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit in den Gremien berichten.	61	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
60. Es wird beantragt, ein Strategiepapier zu erarbeiten. Darin soll aufgezeigt werden, wie viele Mitarbeiter bis 2020 in der Kernverwaltung, bzw. gesamtstädtisch benötigt werden und wo diese Menschen ihre Arbeitsplätze haben sollen.	Die bisherigen Aufstockungen des Personals in der Innenverwaltung konnten durch Umorganisationen und teilweise Umwidmung von Räumen aufgefangen werden. Mittel- bis langfristig wird dies allerdings kaum mehr möglich sein. Es wird vorgeschlagen, vor Erarbeitung eines entsprechenden Papiers die Problematik grundsätzlich in der Strategiekommission zu besprechen.	10/65	VKS/TA	VKS/TA: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
61. Es wird beantragt, eine Untersuchung der verwaltungsinternen Arbeitsorganisation durchführen zu lassen. Dabei soll auch aufgezeigt werden, wie viele Mitarbeiter nötig sind, um eine bestimmte Zahl von Investitionsvorhaben durchzuführen bzw. in Abhängigkeit zu den Investitionssummen (Kennzahlen).	<p>Organisationsuntersuchungen wurden bereits in einzelnen Ämtern durchgeführt, die insb. höhere Bauinvestitionen tätigen.</p> <p>-Amt 65: Die Organisationsuntersuchung ist bereits durchgeführt, mit dem klaren Ergebnis einer Personalaufstockung, wie im TA am 24.03.15 beraten und im GR am 07.07.15 beschlossen. Hinweis zu den Kennzahl: Für Neubauten liegt es bei 2,5 – 2,8 Mio. €/Jahr und Projektleiter. Je komplexer die Maßnahme wird, wie z. B. Filderhalle und TuF Musberg, wo Neubau mit Anbau und Integration im Bestand zusammenkommen, fällt der Wert entsprechend geringer aus.</p> <p>-Amt 66: Über die z.Zt. laufende Organisationsuntersuchung und deren Inhalt/Auswirkungen wird im TA noch berichtet.</p> <p>- Amt 81: Die Organisationsuntersuchung wurde bereits durchgeführt. Die Ergebnisse wurden am 19.04.2016 im SWA und GR vorgestellt.</p>	10/65/66	VKS/TA	VKS/TA: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	Anmerkungen der Verwaltung	Amt	Beratung VKS/TA/SWA	Erledigt VKS/TA/SWA
62. Es wird beantragt, einen Zeitplan für die Entwicklung neuer Wohngebiete zu erstellen und vorzulegen.	Der Rat hat beschlossen, 5 Baugebiete zu entwickeln (Vorlage 213/2015). Zum weiteren Vorgehen wird die Verwaltung im I. Quartal 2017 berichten.	61	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
63. Es wird ein schriftlicher Sachstandsbericht mit differenzierter Kostenbetrachtung beantragt, welche Kosten seit 2015 aufgetreten sind, um die kommunalen Verpflichtungen für die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung zu erfüllen. Zudem soll ein entsprechendes Papier erarbeitet werden, das aufweist, welche Zuschüsse von Bund und Land eingegangen sind.	Eine Zusammenstellung der Kosten und Einnahmen auch unter Berücksichtigung entsprechender Zuschüsse soll zum Ende des Jahres 2016 erfolgen und kann dem Gemeinderat im Frühjahr 2017 vorgestellt werden.	20/50	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
64. Es wird eine Übersicht beantragt, gemäß derer eine Vorentscheidung gefällt werden kann, was mit dem Leinfelder Hallenbad geschieht, sobald die Technik nicht mehr den Anforderungen nachkommen kann.	Siehe Antrag Nr. 56.	40/65	VKS/TA	VKS/TA: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
65. Es wird beantragt, dem Gemeinderat die Grundlagen der Kostenkalkulation und des Kostencontrollings im Hochbau zu erläutern – auch im Vergleich zu anderen Kommunen. Die zu klärende Frage lautet: Welche Möglichkeiten existieren, um bei Baumaßnahmen mehr finanzielle Sicherheit zu bekommen?	Auf der Basis eines Raumprogramms wird ein architektonischer Projektentwurf im Vorentwurf erstellt, der die geforderte Funktion und Gestaltung erfüllt. In diesem Stadium kann eine Kostenschätzung vorgenommen werden, die allerdings mit einer Unsicherheit von +- 30% verbunden ist. Dieser Vorentwurf wird in der weiteren Planung vertieft und durch die wesentlichen Fachplanungen (Statik, Haustechnik, Elektroplanung, Brandschutz, Freiraumplanung) ergänzt. Eine Kostenberechnung kann erst auf der Grundlage eines durchgeplanten Projektes erstellt werden. Die Kostenkalkulation bei Hochbauprojekten im Stadium eines Baubeschlusses basieren also auf Kostenberechnungen, die immer noch ein Budget für Unvorgesehenes enthalten. Das Kostencontrolling geschieht durch den Projektleiter in enger Zusammenarbeit mit dem beauftragten Architekturbüro. Bei großen und/ oder komplexen Bauaufgaben wird eine externe Projektsteuerung beauftragt. Auf diese Weise führen auch andere Kommunen Bauprojekte durch. Ggf. werden bei größeren Bauprojekten u. a. zum Zweck des Kostencontrollings Baukommissionen eingerichtet.	65	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag; generell aber Wunsch nach neuen Lösungen und mehr Informationen

	<b>Anmerkungen der Verwaltung</b>	<b>Amt</b>	<b>Beratung VKS/TA/SWA</b>	<b>Erledigt VKS/TA/SWA</b>
66. Es wird beantragt darzulegen, unter welchen Voraussetzungen es möglich ist, Baubeschlüsse zeitlich zu befristen.	Ein bereits gefasster Beschluss, bzw. Verhandlungsgegenstand kann vom Gemeinderat selbst – unter Beachtung eines bestimmten Antragsquorums – erst nach Ablauf von 6 Monaten wieder auf die Tagesordnung genommen werden. Somit kann auch ein gefasster Baubeschluss deshalb erst nach dieser Zeit geändert werden. Voraussetzung ist natürlich, dass dieser noch nicht vollzogen wurde. Einen Beschluss grundsätzlich zeitlich zu befristen, ist zwar nicht ausgeschlossen, widerspricht jedoch dem Grundsatz der Klarheit und ist auch im Ergebnis nicht zielführend. Ein verlässliches Arbeiten der Verwaltung wäre auch nicht möglich. Beschlüsse könnten über Zeitablauf beeinflusst werden. Sofern ein Bauvorhaben trotz eines Beschlusses in einem HHjahr nicht vollzogen werden kann, so muss die Verwaltung grundsätzlich die Mittel für das darauffolgende Jahr wieder anmelden. Der Gemeinderat hätte dann die Möglichkeit, die Mittel im Folgejahr nicht mehr bereitzustellen. Insoweit ergibt sich bereits eine Art „zeitliche Befristung“. Es ist jedoch abzuraten, einzelne Beschlüssen mit einem „Ablaufdatum“ zu versehen. Entweder besteht eine Notwendigkeit für einen Baubeschluss oder nicht.	10/65/66	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
67. Es wird beantragt, das bisher vorgelegte Papier mit Informationen zum sogenannten Citybus zu vertiefen und konkrete Kostenberechnungen zu den verschiedenen Routen vorzulegen.	Die im Rahmen des ÖPNV-Konzeptes erstellte Citybus-Konzeption wurde aus Kostengründen zurückgestellt. Im TA vom 20.09.2016 wurde das Citybus-Konzept von Herrn Eckert erneut vorgestellt. Bis Ende 2016 werden verschiedene Informationen zu Bürger- und Citybussen bei anderen Kommunen erhoben. Eine Bürgerbus-Lösung (Ehrenamt) wird angestrebt.	32	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit geändertem Verwalt.-vorschlag, dass es kein Bürgerbus werden soll
68. Es wird beantragt, zur geforderten Verlängerung der U5 aktuelles Zahlenmaterial (Investitionen, jährlicher Abmangel, Erwartete Fahrgäste) in Zusammenarbeit mit der SSB zu beschaffen, um eine Vorentscheidung herbeiführen und den Zeithorizont abschätzen zu können.	Siehe Antrag Nr. 4.	32/66	VKS/TA	VKS/TA: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

	<b>Anmerkungen der Verwaltung</b>	<b>Amt</b>	<b>Beratung VKS/TA/SWA</b>	<b>Erledigt VKS/TA/SWA</b>
69. Es wird beantragt, ähnlich zum Plan Citybus Echterdingen Südwest einen Plan Citybus Echterdingen Nord zu entwerfen, in dem Kostenschätzungen für Investition und Betrieb beinhaltet sind.	Eine Ausdehnung des Citybus-Konzeptes auf Echterdingen Nord-Ost erscheint aufgrund der geplanten neuen Buslinien „Rundkurs Flughafen – Messe – Hotelroute (36a)“ entbehrlich. Die derzeit noch bestehenden Lücken werden mit dem neuen Angebot geschlossen.	32/66	VKS/TA	VKS/TA: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
70. Es wird beantragt, bezüglich des Citybus-Programmes Überlegungen anzustellen, ob dies durch Förderprogramme unterstützt wird oder ob dafür Sponsoren gewonnen werden können.	Es wird bei Informationsquellen (Städtetag; Gemeindetag; Ministerien; EU) nachgefragt, ob es entsprechende Programme gibt.	20/32	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
71. Es wird beantragt bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen stets zu überprüfen, ob eine entsprechende Variante als Elektrofahrzeug erhältlich ist und ob eine solche Anschaffung ökonomisch sinnvoller scheint.	Dieses Vorgehen wird bereits praktiziert. In 2016 erfolgte im Amtsbotenbereich eine Ersatzbeschaffung als e-Mobil und in 2017 ist ein weiterer Austausch (mit entsprechendem HHAnsatz) geplant. Das Bürger- und Ordnungsamt hat einen sehr alten Fahrzeugbestand. Das zuletzt beschaffte GVD-Fahrzeug ist ein E-Fahrzeug vom Typ Renault Zoe. Aufgrund der positiven Erfahrungen wird auch für die Zukunft der Ersatz durch E-Fahrzeuge angestrebt. Bei Neuanschaffungen der Stadtwerke wird stets geprüft ob die Anschaffung eines Elektrofahrzeuges möglich ist. Daher stehen die Stadtwerke vor dem Kauf eines zweiten Elektrofahrzeuges. Elektrofahrzeuge sind zurzeit in der Anschaffung zwar teuer, im Betrieb jedoch günstiger als konventionell angetriebene Fahrzeuge. Durch die Emissionsfreiheit vor Ort und, da sie deutlich leiser sind als konventionell betriebene Fahrzeuge, sieht die Betriebsleitung den Mehraufwand aufgrund der geringeren Belastung der Bürger in Leinfeldern-Echterdingen als gerechtfertigt an.	10/32/81	VKS/SWA	VKS: Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag  SWA: Verwalt.-vorschlag einstimmig angenommen

	<b>Anmerkungen der Verwaltung</b>	<b>Amt</b>	<b>Beratung VKS/TA/SWA</b>	<b>Erledigt VKS/TA/SWA</b>
72. Es wird eine Darstellung beantragt, wie die Struktur in der Kinder- und Jugendarbeit aussieht und mit welchen Veränderungen zu rechnen ist. Insbesondere interessieren hier die Offenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in unserer Stadt und das Zusammenspiel der verschiedenen Träger. Hierbei soll geprüft werden, ob nicht eine gemeinsame Trägerschaft durch die Stadt oder den Stadtjugendring unter Einbeziehung des neuen Jugendbeirates Vorteile und Synergien bieten könnte.	Aktuell steht bezogen auf die Trägerschaft des Forum in Stetten eine Veränderung an (siehe Vorlage 275/2016), die sich aus Sicht der Verwaltung im Sinne einer engeren Vernetzung durchaus positiv auswirken könnte. Im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit gilt zunächst das Subsidiaritätsprinzip, wonach freie Träger in ihrer Unterschiedlichkeit bedacht werden sollen. Die Verwaltung hält es wegen der gewachsenen und gut funktionierenden Trägerstrukturen für schwierig und nicht zielführend, diese zu Gunsten neuer Strukturen aufzugeben. Eine Trägerschaft durch die Stadt scheidet schon aus finanziellen Gründen aus, da damit sowohl bezogen auf das Jugendhaus aber auch für die jugendhausähnlichen Einrichtungen Forum und Domino die bisherigen Zuschüsse verloren gingen.	40	VKS	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag
73. Es wird beantragt, das vorliegende Einzelhandelskonzept auf Aktualität und Potential für Umsetzungen zu überprüfen.	Das Einzelhandelskonzept wurde aktualisiert. Die Vorlage ist im Februar 2017 geplant.	02/61	TA	Keine Abstimmung, einverstanden mit Verwalt.-vorschlag

Leinfelden-Echterdingen, 13.12.2016  
 Finanzverwaltungsamt  
 Az.: 902.41:HHPLAN 2017